

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Mai 2011

Neuigkeiten aus der COFACE

COFACE verlangt nach verstärkten Anstrengungen zur Vermeidung von Kinderarmut

Das Administrative Council der COFACE hat am 16. Mai eine ausführliche Stellungnahme zur "Rolle familienfreundlicher Maßnahmen für die Verhinderung von Kinderarmut und die Verwirklichung von kindlichem Wohlergehen" verabschiedet. Die COFACE zitiert darin aktuelle EU-Daten, die für Kinder ein höheres Armutsrisiko belegen als für die Durchschnittsbevölkerung (20% gegenüber 17%). Die Risikoquote steige für Kinder in größeren Familien (25%) und in Einelternfamilien (30%). Diese Zahlen verdeutlichten die Notwendigkeit eines verstärkten politischen Engagements für Familien, damit die „Vererbung“ von Armut durchbrochen werden könne. Die COFACE ist überzeugt, dass Familienpolitik einen grundlegenden Beitrag zur Armutsprävention leisten kann. In der Stellungnahme wird ausführlich dargelegt, dass Kinderarmut dabei nicht nur materiell, sondern als komplexes und vielschichtiges Problem verstanden wird. Die COFACE setzt sich dafür ein, dass Strategien gegen Armut einem Verständnis von Kindeswohl folgen wie es die UN Konvention über die Rechte des Kindes etabliert hat. Gleichwohl müssten die politischen Entscheidungsträger auch die Verantwortung, die Rechte und die Pflichten der Eltern und Familien bei der Erziehung des Kindes respektieren.

Die COFACE setzt sich für einen einheitlichen familienpolitischen Ansatz auf EU-Ebene ein. In diesem Kontext sei es nutzbringend, genauere Indikatoren zu entwickeln, um die Dimensionen von Kindeswohl besser beobachten, vergleichen und auswerten zu können. Sie fordert außerdem die Kommission auf, bis 2012 eine Empfehlung zum Thema Kinderarmut und Kindeswohl zu verabschieden.

Die Stellungnahme umfasst außerdem Forderungen nach einer familienfreundlicheren Beschäftigungspolitik, nach einer effektiven Umsetzung der Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung, nach der Einrichtung EU-weiter Qualitätsstandards für frühkindliche Bildung sowie die vollständige Einbindung der Zivilgesellschaft – und in diesem Kontext insbesondere der Familienorganisationen – in die Erarbeitung, die Umsetzung und die Evaluation aller EU-Initiativen, die die Familie betreffen.

Als Grundlage für die gemeinsame Stellungnahme der in der COFACE zusammengeschlossenen Verbände und Organisationen diene unter anderem das AGF-Positionspapier zur Bekämpfung und Vermeidung von Kinderarmut in der EU.

- [Ausführliche COFACE-Stellungnahme „The role of family-friendly policies for the prevention of child poverty and the realisation of child wellbeing“](#)
- [AGF-Positionspapier zur Bekämpfung und Vermeidung von Kinderarmut in der EU](#)

COFACE: Politik darf auch in der Krise die Familien nicht aus dem Blick verlieren!

Anlässlich des Internationalen Tages der Familie wies die COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) darauf hin, dass die Sparpolitik in den europäischen Staaten die Familien in besonderem Maße trifft. Die drei grundlegenden Zutaten für ein gelingendes Familienleben – eine gute Dienstleistungsinfrastruktur, finanzielle Förderung und angemessene Arbeitszeitarrangements – würden mit Verweis auf die

Haushaltslage zurückgefahren. Deshalb sei es wichtiger denn je, dass das Wohl der Familien auf EU-Ebene stärkere Beachtung findet und die bestehenden Kooperationsmöglichkeiten in diesem Bereich wie die Europäische Allianz für Familien gestärkt würden. Die COFACE schlägt außerdem vor, eine Beobachtungsstelle einzurichten, die die nationalen Familienpolitiken verfolgt und analysiert. Zudem müsse die familienpolitische Forschung – im Sinne der von der FAMILYPLATFORM erarbeiteten Forschungsagenda – ausgeweitet werden.

- [Pressemitteilung der COFACE vom 13. Mai 2011](#)

COFACE positioniert sich zu Mehrwertsteuer und Inklusiver Bildung

In ihrer Antwort zum EU-Grünbuch über die Zukunft der Mehrwertsteuer bestärkt die COFACE die Forderungen der AGF, die bereits im März einen Beitrag zur Konsultation geleistet hat. So spricht sich auch die COFACE dafür aus, bestehende Möglichkeiten zur Mehrwertsteuerreduzierung aus sozialen Erwägungen unbedingt beizubehalten. Sie fordert die EU-Kommission dazu auf, einen verbindlichen Katalog der Anwendungsbereiche reduzierter Mehrwertsteuersätze festzulegen, der auf sozialen und ökologischen Kriterien beruht. Die COFACE schließt sich hier auch der Position der AGF an, dass eine Mehrwertsteuerreduzierung auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder Familien deutlich entlasten würde. Denn viele Familien litten unter hohen Verbrauchssteuern, während sie von Einkommenssteuererleichterungen kaum oder gar nicht profitierten. Hingegen habe beispielsweise in Portugal die Anwendung eines reduzierten Mehrwertsteuersatzes auf Windeln seit 2005 zu dauerhaften Preissenkungen und damit zur Entlastung des Budgets junger Familien geführt.

Die COFACE hat im Mai auch eine Stellungnahme zur Inklusiven Bildung verabschiedet. Darin fordert sie, Menschen mit Behinderungen stärker in Programme wie *Youth on the move* oder *Life Long Learning* einzubeziehen. Die Grundsätze Inklusiver Bildung müssten Bestandteil von Fortbildungen, Trainings und anderen EU-geförderten Maßnahmen sein sowie in den Europäischen Qualifikationsrahmen Eingang finden.

- [COFACE „Response to the Green Paper *On the future of VAT*“](#)
- [AGF Meldung zur Mehrwertsteuernkonsultation](#)
- [COFACE Stellungnahme „Inclusive education for persons with disabilities“](#)

Europäisches Parlament fordert Verbesserung der frühkindlichen Bildung

Am 12. Mai hat das Europäische Parlament eine Entschließung verabschiedet, die „die Entwicklung eines europäischen Rahmens für frühkindliche Förderungs- und Betreuungseinrichtungen“ fordert. Der Bericht betont, dass kein Kinderbetreuungsmodell für alle Staaten gleichermaßen geeignet sei. Dennoch sei es wünschenswert, einen europäischen Rahmen für frühkindliche Förder- und Betreuungseinrichtungen zu schaffen, der einerseits die kulturelle Vielfalt der Mitgliedstaaten achtet und gemeinsame Ziele und Werte betont, andererseits aber bestimmte Standards festlegt. So seien beispielsweise eine bessere Ausbildung und Bezahlung des Betreuungspersonals sowie eine höhere Qualität der Betreuung notwendig. Hierbei gelte es auch, mehr männliches Personal in die frühkindliche Förderung und Betreuung einzubinden. Auch die Rolle der Väter solle gestärkt werden.

Das EP mahnt an, dass Kindern von Eltern ohne legalen Aufenthaltstitel Zugang zu frühkindlicher Bildung ermöglicht werden müsse, damit möglichst früh die Voraussetzungen für eine gelingende Integration geschaffen werden könne. Kinder mit Behinderungen sollten soweit wie möglich die regulären frühkindlichen Förderungs- und Betreuungseinrichtungen besuchen.

- [Ausführlicher Bericht des EP über frühkindliche Bildung in der Europäischen Union](#)

Wirtschafts- und Sozialausschuss dringt auf stärkere Koordinierung europäischer Familienpolitiken

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hat am 4. Mai 2011 unter dem Titel „Die Rolle der Familienpolitik im demografischen Wandel: Austausch bewährter Verfahrensweisen zwischen den Mitgliedstaaten“ eine ausführliche Stellungnahme veröffentlicht, um die er von der ungarischen Regierung, die zurzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat, gebeten worden war. Darin warnt der EWSA vor den Folgen der wirtschaftlichen Krise für die Familien, die von Einsparungen in Politikbereichen wie Bildung, Wohnen, öffentlicher Verkehr, Energie, Sozialhilfe, Beschäftigung etc. besonders betroffen sind. Daran werde deutlich, wie wichtig es sei, Familienpolitik als Querschnittsaufgabe zu verstehen. Der EWSA betont, dass jene nur erfolgreich sein könne, wenn sie an den tatsächlichen Bedürfnissen und Erwartungen der Familien bzw. zukünftiger Eltern ausgerichtet seien. Diese seien ggf. in den verschiedenen europäischen Regionen unterschiedlich, jedoch ließen sich bestimmte Gemeinsamkeiten erfolgreicher Familienpolitiken benennen, an denen sich die Entscheidungsträger orientieren sollten: eine gute Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit, die Vermeidung und Beseitigung von Familienarmut, verlässliche, langfristig angelegte Maßnahmen sowie die Berücksichtigung der besonderen Lage kinderreicher Familien. Zudem müsse die Rolle der Familie und des „familiären Erfolges“ größere Anerkennung und Wertschätzung erfahren.

In der Stellungnahme wird auch erläutert, welche Rolle die EU hierbei übernehmen kann. Der EWSA spricht sich dafür aus, die familienpolitischen Initiativen der Mitgliedstaaten besser abzustimmen und zwar unter der Koordinierung der Europäischen Allianz für Familien und der Eurofound. Außerdem müsse Familienpolitik stärkere Beachtung im Rahmen der EU 2020-Strategie erfahren und die FAMILYPLATFORM auf Dauer fortgeführt werden. Der EWSA fordert außerdem eine stärkere Einbindung der Familienverbände und ein Family-Mainstreaming auf EU-Ebene. Abschließend befürwortet er „nachdrücklich“ den Vorschlag, 2014 zum Europäischen Jahr der Familie auszurufen.

- [EWSA Stellungnahme „Die Rolle der Familienpolitik im demografischen Wandel: Austausch bewährter Verfahrensweisen zwischen den Mitgliedstaaten“](#)

MMM Europe veröffentlicht Mütterstudie

Am 3. Mai 2011 hat die europäische Delegation der Weltmütterbewegung (Mouvement Mondial des Mères), MMM Europe, die Ergebnisse der Studie „Mütter in Europa“ veröffentlicht, die die Bedingungen für das Wohlergehen von Familien aus der Perspektive der Mütter untersucht. Über 11 000 Mütter hatten an der Befragung teilgenommen und Auskunft über ihre Wünsche, Prioritäten und die Herausforderungen, mit denen sie sich konfrontiert sehen, gegeben. Auch die AGF hatte auf ihrer Internetpräsenz für eine Teilnahme geworben.

Die Studie zeigt, dass sich viele Mütter eine bessere Balance zwischen Arbeits- und Familienleben wünschen. Vor allem junge Mütter in der „rush hour“ des Lebens fühlten sich von den unterschiedlichen Anforderungen zerrissen. Sie verlangen nach verbesserten Elternzeiten, Teilzeitarbeitsmöglichkeiten, flexibleren Arbeitszeitarangements und bedürfnisgerechten (und bezahlbaren!) Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Mütter wollten, so die Autorinnen und Autoren der Untersuchung, selber darüber bestimmen, wie sie ihr Familienleben gestalten, sie wollten gerne einer Lohnarbeit nachgehen, jedoch auch für unbezahlte Arbeit Anerkennung erfahren. Diese Gemeinsamkeiten seien trotz aller soziokultureller Unterschiede in den verschiedenen Regionen klar erkennbar.

MMM Europe kündigt an, in den nächsten Monaten weitere Analysen des Datenmaterials zu veröffentlichen und stellt zudem die erhobenen Daten für weitere Forschung zur Verfügung.

- [Internetpräsenz des Projektes „Survey of Mothers in Europe“ mit Links zu ausführlichen Informationen](#)

OECD wird Familie weiter erforschen

Nach der Veröffentlichung der OECD-Studie „Doing better for families“ haben die Sozialminister/-innen der OECD-Länder auf ihrer Tagung vom 2.-3. Mai 2011 in Paris erklärt, die Forschungsarbeiten zum Thema Familien und Kinder sollten ausgeweitet werden. Davon erhoffen sich die Teilnehmenden innovative Lösungen für die Gestaltung von Familienpolitik in aufstrebenden Volkswirtschaften. Auch im Bereich Altern und intergenerative Solidarität gebe es Forschungsbedarf. Auf der politischen Ebene wolle man sich in der nächsten Zeit ausdrücklich für eine bessere Sozialpolitik für junge Menschen, für eine Förderung des sozialen Wohnungsbaus und für die Ausdehnung des effektiven Schutzes der sozialen Sicherungssysteme einsetzen.

- [Kommuniqué der Tagung der für Sozialpolitik zuständigen Ministerinnen und Minister der OECD-Länder, Paris, 2.-3. Mai 2011](#)

OECD veröffentlicht Bericht zur Langzeitpflege

“Help Wanted? Providing and Paying for Long-Term Care” – unter diesem Titel hat die OECD am 18. Mai 2011 einen Bericht über die Zukunft der Langzeitpflege in ihren Mitgliedstaaten herausgegeben. Dieser beschäftigt sich mit den Folgen des steigenden Bedarfs an pflegerischer Versorgung. Neben Fragen nach der Verbesserung der formellen Pflege sind zwei Kapitel des Berichtes der Familie gewidmet. Sie diskutieren die Rolle der pflegenden Angehörigen, die Auswirkungen der Pflegesituation auf die Familie und politische Maßnahmen, die die Familie bei der Pflege unterstützen.

Gemäß dem Bericht sind diese Fragen in Deutschland besonders drängend. Prozentual wird Deutschland 2050 mehr über 80-Jährige aufweisen als fast alle anderen OECD-Länder. Die Nachfrage nach Pflegepersonal wird immer schwerer zu befriedigen sein, da die Anzahl der Bürger in berufsfähigem Alter bereits sinkt.

- [Homepage des Berichtes mit Hintergrundinformationen und Downloadmöglichkeit](#)
- [Deutschland-Schlaglicht des Berichtes](#)

Deutsche Wohlfahrtsverbände für Senkung der Mehrwertsteuer auf Kinderprodukte

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) e. V. hat am 20. Mai eine Stellungnahme zum Mehrwertsteuer-Grünbuch der EU veröffentlicht. Darin spricht sie sich für eine Beibehaltung verschiedener Mehrwertsteuersätze sowie der Umsatzsteuerbefreiung für dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten aus. Der reduzierte Mehrwertsteuersatz für Nahrungsmittel, Milch und Trinkwasser sei aus sozialpolitischen Gründen unabdingbar. Darüber hinaus müssten „sämtliche existenziellen Bedarfe des normalen Lebens wie Essen, Trinken, Kleidung, Schuhe, Gesundheit sowie typische Kinderbedarfe mit einem konstanten und niedrigen Steuersatz belegt sein.“

- [BAGFW Stellungnahme zum Grünbuch über die Zukunft der Mehrwertsteuer](#)

Europäische Seniorenpolitiken unter Beobachtung

Der demografische Wandel und die damit einhergehende Bevölkerungsalterung beschäftigt auch die *Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa* des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. und des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. Seit Mitte Mai ist auf der Internetpräsenz des Projektes das „Bulletin Europäische Seniorenpolitiken“ zu finden, das die neusten sozialpolitischen Maßnahmen und Entwicklungen für ältere Menschen in acht EU-Mitgliedsstaaten zu den Schlagwörtern *Aktives Altern, Altersbilder, Demenz, Pflege, Unterstützung pflegender Angehöriger, Dienstleistungen für ältere Menschen, Generationenbeziehungen* zusammenfasst. Das Bulletin wird in einem regelmäßigen Abstand von vier Monaten erscheinen. Ziel der Beobachtung ist es, Informationen und Ideen zu sammeln, die Anregungen für die Weiterentwicklung der Generationen- und Seniorenpolitik in Deutschland geben können. Deswegen wurden für die Analyse mit Dänemark, Finnland, Frankreich, Österreich, Spanien, den Niederlanden, der Tschechischen Republik und dem Vereinigten Königreich solche Länder ausgewählt, die bereits in der Vergangenheit durch ihre innovative Generationen- und Seniorenpolitiken auf sich aufmerksam gemacht haben oder gegenwärtig Reformen in diesem Bereich durchführen.

- [Website des Bulletins Europäische Seniorenpolitiken](#)

ICCFR Konferenz 2011

Im belgischen Gent fand vom 27. bis 28. Mai 2011 die 58. Konferenz der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR). Die Teilnehmer/-innen aus den verschiedensten Ländern der Welt diskutierten hier unter der Leitfrage „Familie und Sozialarbeiter: eine erfolgreiche Verbindung?“ in verschiedenen Workshops und Seminargruppen Fragen wie „Welche Auswirkungen hat der Eintritt von Sozialarbeitern in die Familie?“, „Wie verhält sich die Familie, wie reagieren die Sozialarbeiter?“, aber auch „Welche spezifischen Kenntnisse und Fähigkeiten brauchen die Fachkräfte für die Arbeit mit Familien?“. Dr. Insa Schöningh, Geschäftsführerin der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen e. V. (eaf) und Mitglied des Leitungsgremiums der ICCFR, moderierte durch den Sonntagvormittag. U.a. referierte Prof. Dr. Barbara Thiessen über das Familienbild von Sozialarbeitern und ihren Klienten. Sven Iversen, Geschäftsführer der AGF, stellte die aktuelle AGF-Kampagne „7 % für Kinder“ zur Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Kinderprodukte vor. Die Aktion stieß unter den Zuhörern auf großes Interesse.

Insgesamt wurde auf der Veranstaltung die Gelegenheit zum internationalen Erfahrungsaustausch rege genutzt. Auch die Vertreter/in der AGF nahmen aus den Diskussionen und Vorträgen viele Eindrücke und Anregungen mit zurück nach Deutschland.

- [Online-Broschüre der Konferenz](#)

Bevorstehende Veranstaltungen

- Fachkonferenz an der Universität London „Effective parenting and child well-being: understanding the evidence base“ (21. Juni 2011, London)
- 19. Europäische Konferenz des Sozialwesens des Europäischen Sozialen Netzwerks (ESN) (6.-8. Juli, Warschau)
- Europäisches Mehrwertsteuergespräch der AGF in Zusammenarbeit mit der COFACE (8. September 2011, Berlin), im Anschluss daran internes Treffen der COFACE Arbeitsgruppe 3 (9. September, Berlin)
- Abschlusskonferenz des Projekts „Children’s Rights for All“ (20.-21. Oktober 2011, Brüssel)
- Eurochild Jahreskonferenz 2011 „Tackling child poverty through supporting and strengthening families“ (30. November - 1. Dezember 2011, Cardiff)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss des Deutschen Familienverbands (DFV), der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), des Familienbundes der Katholiken (FDK), des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa.

AGF e. V. · Courbièrestr. 12, 10787 Berlin · Web: <http://ag-familie.de> · Tel.: +49 (0) 30 21962-746
E-Mail: europa@ag-familie.de · Redaktion: Christine Ludwig, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)
